

Das ganze Ausmaß der globalen Rentenkrise

17.10.2017 | [John Mauldin](#)

Regierungsversprechungen haben derzeit Hochkonjunktur. Im heutigen Artikel wollen wir uns weiter mit der Frage beschäftigen, was an all diesen Zusicherungen eigentlich dran ist. Behalten Sie dabei ein altes Trader-Sprichwort im Hinterkopf: "Was nicht ewig so weitergehen kann, wird es auch nicht." Oder anders gesagt: Trends, die auf lange Sicht nicht tragbar sind, werden eines Tages enden.



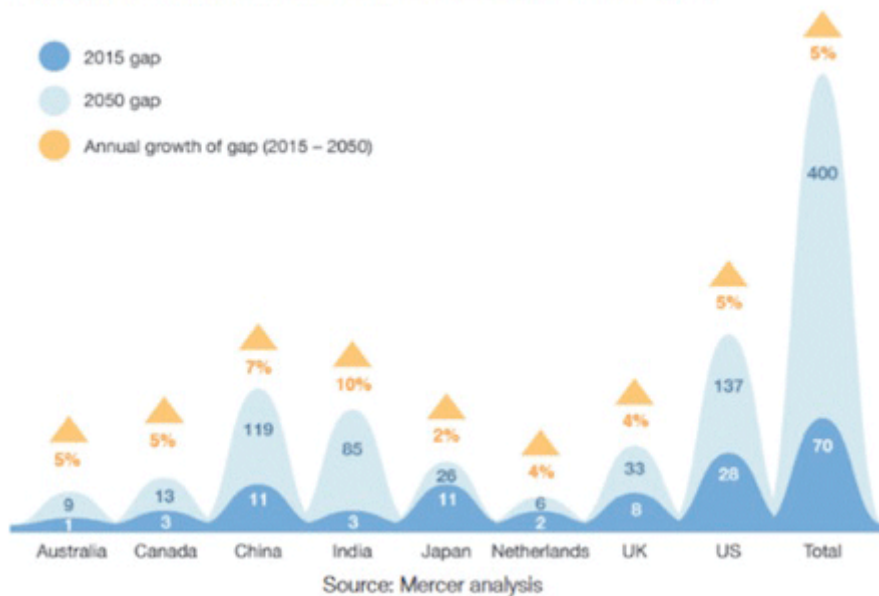
In letzter Zeit habe ich mich stark auf die staatlichen Rentenfonds in den USA konzentriert, von denen viele kläglich unterfinanziert sind und niemals in der Lage sein werden, den Arbeitern ihre versprochenen Leistungen auszubezahlen - zumindest nicht, ohne den Steuerzahlern eine riesige und unerwünschte Rechnung dafür zu präsentieren. Und da die Steuerzahler im Allgemeinen gleichzeitig die Wähler sind, ist es nicht gesagt, dass sie diese Rechnung auch bezahlen werden.

Leser außerhalb der Vereinigten Staaten haben meine Berichte vielleicht mit einem gewissen selbstzufriedenen Gefühl der Sicherheit gelesen. "Diese Amis wieder, immer wollen sie weit über ihren Verhältnissen leben." Sie haben recht, im Großen und Ganzen sind wir wirklich nicht das sparsamste Volk der Erde. Wenn Sie außerhalb der USA leben, gleicht Ihr Land dem unserem aber wahrscheinlich mehr, als Sie denken. Wir werden uns einige Daten ansehen, die deutlich machen, was ich meine. In dieser Woche liegt der Fokus ganz auf Europa.

Der globale Fehlbetrag

Im Juni habe ich einen [Artikel](#) mit dem Titel "Können Sie es sich leisten, 100 zu werden?" geschrieben. Vielleicht ist Ihre Antwort darauf 'ja', aber in dieser glücklichen Lagen sind nur wenige. Die Studie des Weltwirtschaftsforums, die ich in diesem Bericht zitierte, untersuchte sechs Industriestaaten (die USA, Großbritannien, die Niederlande, Japan, Australien und Kanada) und zwei Schwellenländer (China und Indien) und stellte fest, dass allein in diesen Staaten 2050 insgesamt 400 Billionen \$ fehlen werden.

Diese Summe wäre zusätzlich nötig, um sicherzustellen, dass künftige Rentner 70% ihres Gehalts bekommen. Und der Großteil Europas ist in dieser erschreckenden Zahl noch nicht einmal berücksichtigt.

Figure 4: Size of the retirement savings gap (\$ trillions, 2015)

Hauptursache des Problems ist der vorausgesagte enorme Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung. Einhundert Jahre alt zu werden ist schon heute nicht mehr so bemerkenswert wie früher. Dieser Trend wird sich fortsetzen und es kommt noch besser: Wir werden auch im hohen Alter gesünder sein, als die Menschen es heute sind. Wird 80 das neue 50 sein? Das sollten wir besser hoffen, denn wenn wir davon ausgehen, dass die Menschen im Alter von 65-70 Jahren aufhören zu arbeiten und dann noch ein viertel Jahrhundert leben, sind das mathematisch gesehen recht düstere Aussichten.

In diesem Trend wird es meiner Einschätzung nach starke länderspezifische Unterschiede und Variationen geben. Die genannten 400 Billionen \$ sind Geld, das in den Kassen der Regierungen, Arbeitgeber und Privatpersonen fehlt. Die jeweiligen Anteile schwanken stark. Manche Länder haben solide staatliche Rentenpläne, andere verlassen sich mehr auf die Beträge der Arbeitgeber und die private Vorsorge. Alles in allem ist das Geld jedoch einfach nicht da und es wird auch nicht auf magische Weise auftauchen, wenn es gebraucht wird.

Das Weltwirtschaftsforum kam zur selben Schlussfolgerung wie ich schon vor langer Zeit: Die Vorstellung, dass wir Jahrzehnte der Freizeit genießen können, bevor unser Lebensende naht, ist schlicht und ergreifend unrealistisch. Mit unserem Versuch, einen langen und entspannten Ruhestand zu genießen, stoßen wir derzeit an die Grenzen. Die meisten von uns werden deutlich länger arbeiten müssen als bis zu ihrem 65. Geburtstag, ob wir wollen oder nicht. Viele von uns werden außerdem im Ruhestand nicht in die versprochenen Leistungen erhalten.

Was ist mit den Millionen Menschen, die bereits im Ruhestand sind oder kurz davor stehen? Das ist ein riesiges Problem, insbesondere für die US-Amerikaner, die im öffentlichen Sektor arbeiten, und deren Lage ich in meinen letzten beiden Artikeln geschildert habe. Wir dürfen allerdings nicht vergessen, dass wir alle in gewisser Weise im öffentlichen Sektor arbeiten, denn wir bezahlen unsere Sozialbeiträge und können nur hoffen, dass Washington uns eines Tages etwas zurückgibt. Doch sehen wir uns nun einige andere Länder an, in denen die Situation auch nicht gerade besser ist.

Großbritanniens Zeitbombe

Die Studie des Weltwirtschaftsforums zeigt, dass im Vereinigten Königreich derzeit 4 Billionen \$ in den Rentenkassen fehlen. Bis 2050 wird ein jährlicher Anstieg dieses Fehlbetrags um 4% auf insgesamt 33 Billionen \$ vorhergesagt. Das BIP des Landes beträgt übrigens nur 3 Billionen \$. Damit ist das Defizit schon heute höher als die gesamte Wirtschaftsleistung und selbst wenn die Inflationsraten vergleichsweise niedrig bleiben sollten, wird sich die Lage in Zukunft verschlechtern.

Zudem basieren diese Zahlen zum größten Teil auf Berechnungen, die gemacht wurden, bevor sich Großbritannien entschieden, aus der EU auszutreten. Der Brexit wird jedoch eine umfassende wirtschaftliche Neuausrichtung nach sich ziehen, die die Aussichten auch in Bezug auf das Rentensystem grundlegend ändern könnte. Ob diese Änderungen positiv oder negativ sein werden, lässt sich heute noch nicht sagen.

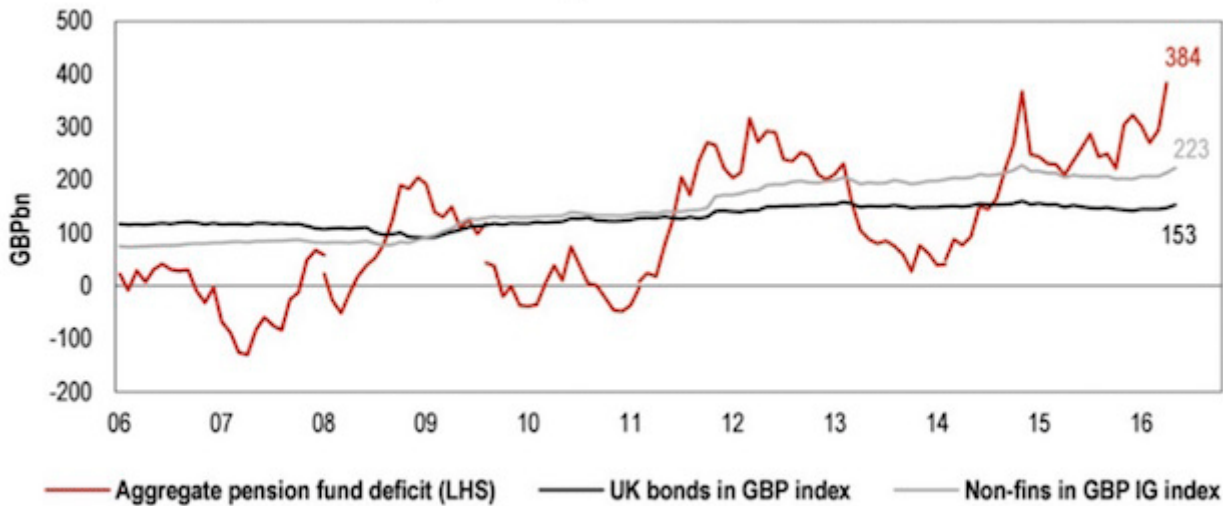
Eine Studie der OECD aus dem Jahr 2015 stellte fest, dass Arbeitnehmer in hochentwickelten Ländern im Durchschnitt damit rechnen können, dass die staatlichen Rentenprogramme 63% ihres Arbeitseinkommens abdecken. Das ist gar nicht so schlecht. Im UK liegt der Anteil allerdings bei 38%, der niedrigste Wert unter den OECD-Staaten. Das bedeutet, dass die britischen Arbeitnehmer entweder eine bessere persönliche Vorsorge treffen oder den Gürtel deutlich enger schnallen müssen, wenn sie in den Ruhestand gehen. Eine weitere Option wäre es, bis über das Rentenalter hinaus zu arbeiten, aber das hat

Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft - beispielsweise den Ausschluss Jüngerer vom Arbeitsmarkt.

Die Sparpläne der britischen Arbeitgeber stehen ebenfalls auf einem wackligen Fundament. Nach Angaben des staatlichen Rentensicherungsfonds weisen 72,2% der Leistungszusagen des Privatsektors ein Defizit auf. Insgesamt beläuft sich dieser Fehlbetrag auf 257,9 Milliarden Pfund. Die staatlichen Rentenpläne waren 2007 finanziell noch gut untermauert, doch nur zehn Jahre später fehlten auch hier 384 Milliarden Pfund (rund 500 Milliarden \$).

Natürlich ist diese Zahl schon wieder veraltet, denn in nur wenigen Monaten ist der Betrag auf 408 Milliarden Pfund gestiegen. So schnell wächst die Höhe dieser ungedeckten Zahlungsverpflichtungen. Für eine 3-Billionen-\$-Wirtschaft ist das, wie gesagt, eine stattliche Summe.

11. Bonds are not the main UK plc liability



Source: Pension Protection Fund (PPF 7800 data), HSBC calculations, Markit

Note: Breaks in the pension fund deficit series are due to changes in actuarial assumptions. UK corporates in GBP IG index is based on market value and country of risk

Britische Staatsbürger hatten bislang eine Art Sicherheitsnetz, denn sie konnten sich in EU-Staaten mit niedrigeren Lebenshaltungskosten zur Ruhe setzen. Je nachdem, was bei den Brexit-Verhandlungen nun beschlossen wird, könnte diese Option in Zukunft wegfallen.

Kommen wir kurz zur grünen Insel. 80% der Iren mit Rentenanspruch glauben, dass sie im Ruhestand kein ausreichendes Einkommen beziehen werden, und 47% haben nicht einmal einen Anspruch. Ich denke, dass man wohl in ganz Europa ähnliche Statistiken finden würde.

Eine in diesem Sommer veröffentlichte Studie des International Longevity Centre kam zu dem Schluss, dass jüngere Arbeitnehmer im Vereinigten Königreich 18% ihres Jahreseinkommens zur Seite legen müssten, um im Ruhestand ein "angemessenes" verfügbares Einkommen zu haben - und das ist der Definition der Studie zufolge weniger als das, was die britischen Pensionäre heute beziehen. Das wird jedoch ohnehin nicht passieren, also steuert das UK auf eine Implosion des Rentensystems zu, die mindestens ebenso verheerend ausfallen könnte wie in den USA.

Das Schweizer System: Löchrig wie der Käse

Amerikaner haben oft eine verklärte Sicht auf die Schweiz. Sie glauben, die Eidgenossenschaft sei unter anderen das Land der finanziellen Disziplin. Bis zu einem gewissen Grad mag das stimmen, aber die Schweiz hat ihre ganz eigenen Probleme. Im nationale Rentensystem addieren sich die Defizite, während die Bevölkerung immer älter wird.

Im September haben die Wähler in der Schweiz eine Rentenreform abgelehnt, die das System durch eine Anhebung des Rentenalters von 64 auf 65 Jahre stabilisiert und eine Beteiligung der Arbeitnehmer erforderlich gemacht hätte. Soweit ich das beurteilen kann, handelte es sich um relativ geringfügige Anpassungen, aber der Vorschlag scheiterte dennoch, weil 52,7% der Wähler dagegen stimmten. Auf der ganzen Welt sind die Wähler im Allgemeinen nicht bereit, einmal gewonnene Annehmlichkeiten wieder aufzugeben.

Wir fordern großzügige Leistungen, sind aber nicht mit der Rechnung einverstanden, die uns dafür präsentiert wird. Die Schweizer scheinen trotz ihres guten Rufes in Finanzangelegenheiten nicht anders zu sein als der Rest von uns. Die Financial Times schreibt dazu:

"Innenminister Alain Berset sagte, die Ablehnung der Reform sei 'nicht leicht zu interpretieren', doch es fehle nicht viel zu einer

Mehrheit für die Maßnahmen. Die Reformverschlage sollen nun noch einmal überarbeitet werden.

Bern hatte versucht, die zusätzlichen Belastungen aufgrund der Änderungen im Rentensystem gleichmäßig zu verteilen, so Daniel Kalt, Chefökonom der UBS in der Schweiz. 'Es ist allerdings schwierig, einen Kompromiss zu finden, zu dem alle Ja sagen können.' Der Reformdruck sei 'noch nicht groß genug', meint Kalt. 'Das Bewusstsein, dass etwas getan werden muss, wird jetzt aber wachsen.'

Diese Beschreibung charakterisiert die Haltung in allen Industriestaaten. Kompromisse sind immer schwierig. Sowohl die Politiker als auch die Wähler ignorieren die langfristigen Probleme und denken nicht weiter als bis zur nächsten Wahl, obwohl sie wissen, dass diese Herausforderungen auf uns zukommen. Die Bemerkung, dass nun ein wachsendes Bewusstsein für die Notwendigkeit von Reformen entsteht, mag richtig sein, aber zwischen Bewusstsein und Handlungsbereitschaft klafft eine große Lücke, in der Schweiz ebenso wie in anderen Ländern.

Sowohl die Schweiz als auch das UK haben eine verpflichtende Privatvorsorge und moderate staatliche Sicherheitsnetze. Das Gleiche gilt für Dänemark, die Niederlande, Schweden, Polen und Ungarn. Die Rentensysteme dieser Länder sind keineswegs frei von Problemen, aber trotz allem befinden sie sich in einem weitaus besseren Zustand, als das in einigen anderen Ländern der Fall ist.

(Anmerkung: Die negativen oder extrem niedrigen Zinssätze in zahlreichen Ländern machen es für private Rentenfonds praktisch unmöglich, ihre Ziele auch nur annähernd zu erfüllen. Viele Fonds sind gesetzlich verpflichtet in Staatsanleihen zu investieren, deren Renditen entweder minimal oder negativ sind.)

Umlagefinanzierung in Schwierigkeiten

Die oben genannten europäischen Staaten haben bei Weitem nicht das gleiche Krisenpotential wie die nächste Gruppe: Frankreich, Belgien, Deutschland, Österreich und Spanien finanzieren ihre Renten alle über ein Umlageverfahren. Das bedeutet, dass in den Staatskoffern keine Rücklagen für künftige Leistungen gebildet werden und die nötigen Mittel jedes Jahr über den allgemeinen Haushalt finanziert werden. Die Krise in diesen Ländern ist abzusehen, denn die Zahl der Rentner steigt, während die Zahl der Arbeitnehmer, die in das System einzahlen, sinkt. In all diesen Ländern werden außerdem unglücklicherweise auch zu wenig Kinder geboren, was die demografische Lage zusätzlich verschärft.

Sehen wir uns einige Aspekte genauer an.

Spanien war von der Finanzkrise schwer betroffen, hat sich aber besser erholt als einige andere Mittelmeeranrainer, wie z. B. Griechenland. Das Gleiche gilt auch für die staatliche Altersvorsorge des Landes, die bis vor Kurzem tatsächlich einen berschuss verbuchen konnte. Leider hat die Regierung beschlossen, diesen berschuss zu anderen Zwecken zu "leihen" und nun wird er sich bald in ein stattliches Defizit verwandeln.

Wie auch in den USA wird das spanische Programm als "soziale Sicherheit" bezeichnet, aber in Wirklichkeit ist es weder sozial noch sicher. Sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Spanien hat die Regierung angeblich unantastbare Rentenkassen geplündert und beide Länder tolerieren nun die Verwendung der Mittel für andere Vorhaben - je nachdem, aus welcher Richtung der politische Wind gerade weht.

Der spanische Rücklagenfonds umfasste einmal 66 Milliarden €. Diese werden Schätzungen zufolge jedoch bis Ende dieses Jahres oder Anfang 2018 völlig aufgebraucht sein. Der Grund? Die Zahl der Rentner hat sich in den letzten zehn Jahren um 1,1 Millionen erhöhet. Wenn die Generation der Babyboomer in den Ruhestand geht, wird es noch mehr Pensionäre und noch weniger Arbeitnehmer geben, die für ihre Renten aufkommen. Die Jugendarbeitslosigkeit von 25% trägt auch nicht gerade dazu bei, die Beiträge zum Rentensystem zu erhöhen.

Dagegen könnte ein vergleichbares System in den USA sogar funktionieren, weil wir unsere eigene Währung kontrollieren und sie nach Bedarf abwerten können, um die Regierung über Wasser zu halten. Die Schecks der Sozialsysteme können immer eingelöst werden, aber ihre Kaufkraft wird unter Umständen abnehmen. Spanien hat diesen Vorteil nicht, solange das Land den Euro behält. Das ist einer der Gründe dafür, dass wir die Möglichkeit eines Auseinanderbrechens der Eurozone ernst nehmen müssen.

Im Durchschnitt zahlen die umlagefinanzierten Rentensysteme derzeit Leistungen in Höhe von 60% des vorherigen Einkommens. In einigen Ländern können die Menschen zudem bereits mit 60 in den Ruhestand gehen und in den meisten Ländern zahlen weniger als 25% der Arbeitnehmer in eine Altersvorsorge ein. Dieser Anteil müsste sich innerhalb der nächsten 30 Jahre verdoppeln, um die Programme nachhaltig zu machen. Aber versuchen mal, das den jüngeren Arbeitnehmern zu verkaufen.

Das Wall Street Journal hat kürzlich einen ziemlich desolaten [Bericht](#) über die staatlichen Rentenfonds in Europa verfasst. Ich zitiere:

"Schon heute leben in Europa im weltweiten Vergleich die meisten Personen im Ruhestand und ihre Zahl wächst stetig. Auf 100 Arbeitnehmer kommen aktuell 42 Personen im Alter von 65 Jahren oder mehr, die nicht mehr arbeiten. Bis 2060 werden es

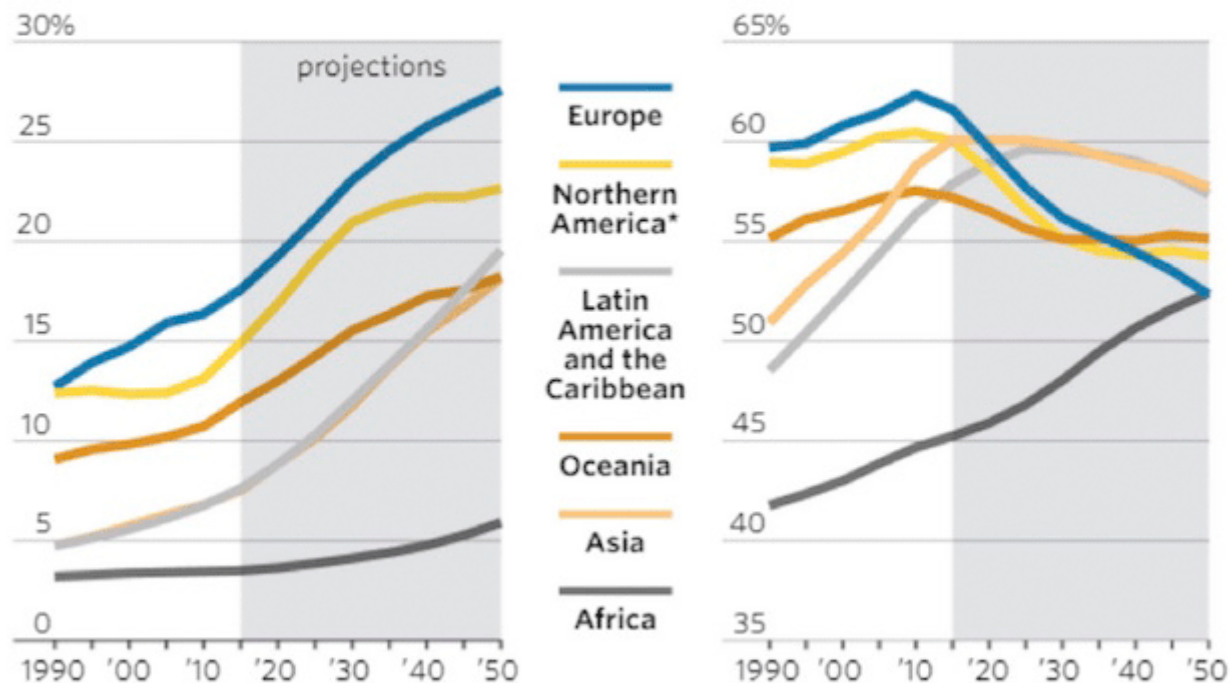
nach Angaben des Statistikamtes der EU 65 Rentner je 100 Arbeitnehmer sein. Zum Vergleich: In den USA kommen dem Bureau of Labor Statistics zufolge auf 100 Arbeitnehmer nur 24 nicht berufstätige Personen über 65. Eine Prognose für 2060 existiert nicht."

Das Wall Street Journal konzentriert sich in dem Beitrag zwar auf Polen und die Schwierigkeiten, mit denen sich die dortigen Pensionäre konfrontiert sehen, aber die Daten und Grafiken illustrieren gut die zunehmend angespannte Situation in fast ganz Europa.

Im Gegensatz zu den meisten finanziellen Problemen des Kontinents handelt es sich hier nicht um eine Nord-Süd-Frage. In Österreich, Slowenien und Griechenland sind die demografischen Herausforderungen am größten. Im Griechenland ist zudem der gleiche Trend festzustellen wie in Polen: Zahlreiche junge Menschen sind in andere Teile der Welt ausgewandert. Der nächste Chart vergleicht den Anteil der über 65-Jährigen und der 20- bis 64-jährigen Arbeitnehmer in Europa mit den anderen Regionen der Welt. Das sind wahrlich keine schönen Zahlen.

A Growing Mismatch

The share of Europe's population 65 years and older is and will be larger than in any other region (first chart) and the share of Europe's population 20-64 years old is shrinking. (second chart)



*U.S., Canada, Bermuda, Greenland and Saint Pierre and Miquelon

Source: UN Population Division, World Population Prospects, the 2015 Revision

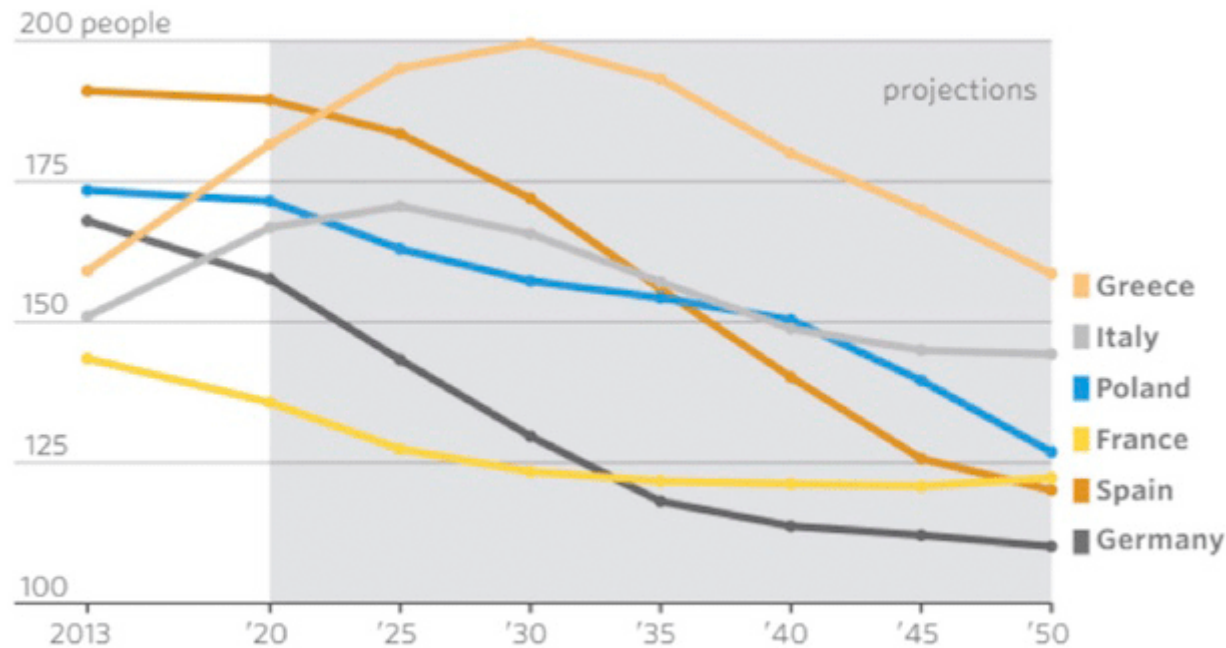
Quelle: Wall Street Journal

Das Wall Street Journal schreibt weiterhin:

"In Europa ist die Geburtenraten nach Angaben der Vereinten Nationen seit den 1960er Jahren um 40% auf rund 1,5 Kinder pro Frau gesunken. In der gleichen Zeit ist die Lebenserwartung von 69 auf etwa 80 Jahre gestiegen. In Polen ist die Geburtenrate noch niedriger und die demografische Abkopplung wird durch die Auswanderung junger Polen im erwerbsfähigen Alter verstärkt, die im Ausland und insbesondere in London auf höhere Löhne hoffen. Ein Paper der Zentralbank des Landes prognostiziert, dass 2030 ein Viertel der polnischen Frauen und ein Fünftel der Männer über 70 Jahre alt sein werden."

Fewer Kicking In

Pension contributors per 100 recipients



Note: No data for the U.K.

Source: European Commission, The 2015 Ageing Report

Quelle: Wall Street Journal

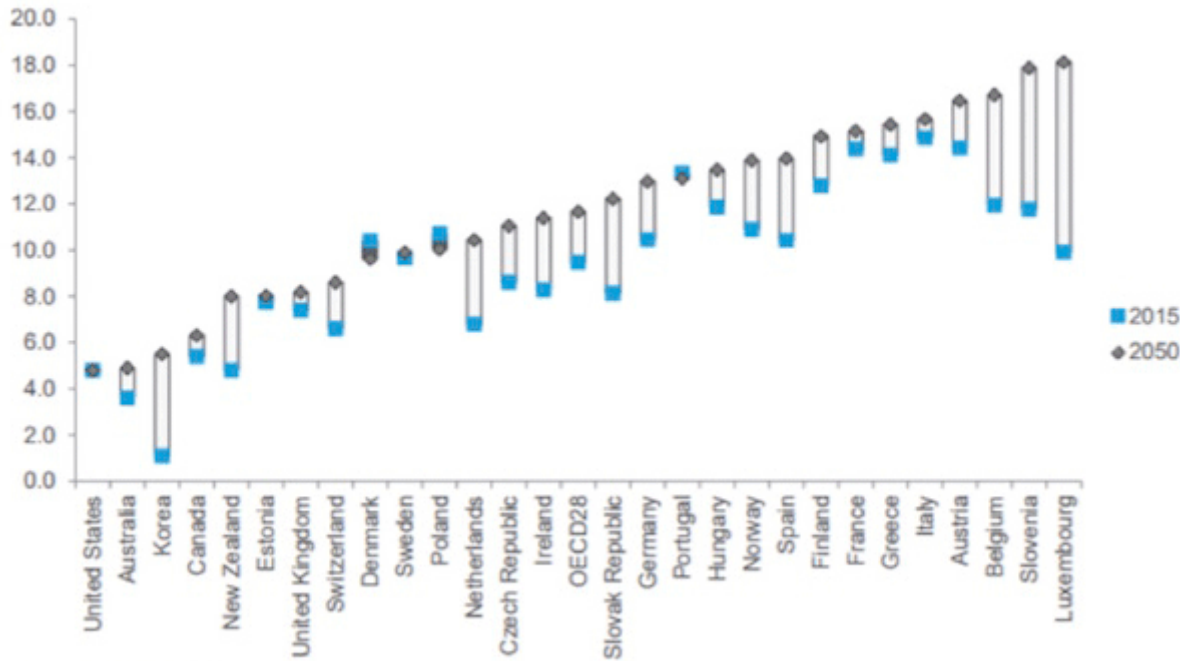
Nächste Woche werden wir uns die ungedeckten Leistungszusagen der US-Regierung ansehen. Es wird Sie nicht überraschen, dass die Lage äußerst unerfreulich ist und nicht die geringste Chance besteht, dass diese Verbindlichkeiten ohne massive Verschuldung und Monetarisierungen finanziert werden können.

Ich muss Ihnen jedoch eines sagen: Jede einzelne Analyse zu den umlagefinanzierten Rentensystemen in Europa deutet darauf hin, dass sich diese Länder in einer noch viel schlimmeren Lage befinden als die Vereinigten Staaten. Außerdem macht die Steuerlast ihrer Bürger bereits knapp 50% des BIP aus und die Wirtschaft der meisten europäischen Staaten stagniert oder wächst nur minimal.

Der folgende Chart zeigt den zur Finanzierung der staatlichen Rentenleistungen notwendigen Anteil am BIP in den Jahren 2015 und 2050. Bedenken Sie dabei aber, dass der benötigte Anteil der *Steuereinnahmen* viel höher sein. Belgien wird in rund 30 Jahren beispielsweise 18% des BIP zur Deckung der Renten aufwenden müssen, doch das entspricht 40-50% des gesamten Steueraufkommens. Da bleibt nicht mehr viel übrig für andere Posten im Haushalt. Griechenland, Italien, Spanien? Diese Länder folgen in der Grafik nur kurz danach.

Figure 11. Estimated Government Pension Payments 2015 to 2050 as a Proportion of GDP

Wide variations in public sector pension costs by country



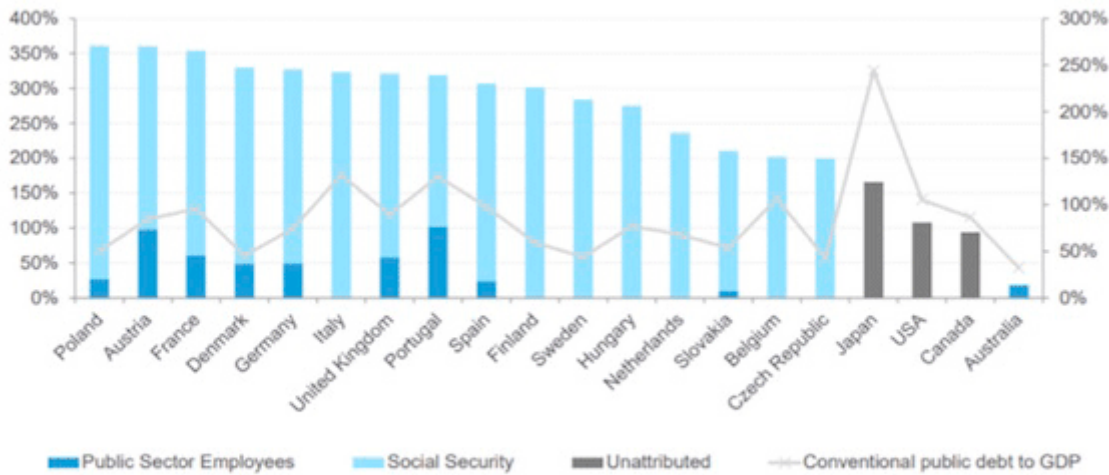
Source: OECD, Citi Research

Es gibt andere Studien, die die obenstehenden Zahlen optimistisch wirken lassen. Das Problem der meisten europäischen Staaten besteht darin, dass sie bereits massiv verschuldet sind und hohe Steuersätze haben. Außerdem können sie nicht ihre eigene Währung drucken. Auch viele der privaten Altersvorsorgen in Europa stecken in ernstern Schwierigkeiten. Infolge der niedrigen oder negativen Zinsen sind sie nicht mehr in der Lage, ihr Kapital zu vermehren. Alles in allem werden die Kosten für die Renten und die Gesundheitsversorgung der nicht mehr werktätigen Bevölkerung in ganz Europa dramatisch steigen.

Der neue französische Präsident Emmanuel Macron versucht - das muss man ihm zu Gute halten - die alte Ordnung radikal umzugestalten. In dieser Woche hat er begonnen, das Fundament für eine Vergemeinschaftung aller europäischen Schulden zu legen. Diese würden dann auf der Bilanz der EZB landen, nehme ich an. Sein Plan lässt die nicht gedeckten Zahlungsverpflichtungen jedoch weiterhin außer Acht. Sollen die Länder einfach immer mehr Schulden machen? Mir scheint, dass auch dieser Plan nur das Ziel verfolgt, das Problem noch eine Weile hinauszuzögern. Darin werden die Europäer mittlerweile richtig gut.

Beachten Sie im nächsten Chart die graue Linie, die anzeigt, wie hoch die konventionellen Staatsschulden der einzelnen Länder im Vergleich zum jeweiligen BIP sind. Die Grafik beruht größtenteils auf Daten aus dem Jahr 2006 und selbst damals entsprachen die italienischen Schulden schon fast 150% des BIP. Aktuellere Zahlen wären noch viel erschreckender.

Figure 15. Collated Estimates of Contingent Government Pension Liabilities as a % of GDP



Note: Most data based on 'Freiburg' model calculated on 2006 data; UK, Australia and Spain based on National calculations based on 2010 data; US, Japan and Canada based on 1996 data estimated by Chand and Jaeger.
Source: Kaier and Muller (Freiburg University), DNB, OECD, Citi Research

Ich könnte jetzt weiter auf die spezifischen Rentenprobleme in verschiedenen Ländern eingehen, aber ich denke, dass Sie das Gesamtbild langsam erahnen können. Die Krise ist nicht allein das Resultat einer fehlgeleiteten Politik, auch wenn diese natürlich eine große Rolle spielt. Das Problem ist aber so umfassend, dass es auch für die diszipliniertesten, zukunftsorientiertesten Regierungen und Unternehmen nur schwer zu bewältigen wäre.

Überlegen Sie sich einmal, was genau wir derzeit versuchen. Wir denken, dass die Menschen 35-40 Jahre lang arbeiten und sparen sollten, um sich dann zur Ruhe zu setzen und für weitere 20, 30 oder sogar 40 Jahre den gleichen Lebensstandard zu genießen - obwohl der Anteil der Rentner an der Gesamtbevölkerung wächst und die Zahl der in die Sozialsysteme einzahlenden Arbeitnehmer sinkt. Tut mir leid, aber das ist reines Wunschdenken.

Das ist auch nicht das, was die ursprünglichen Rentensysteme vorsahen. Diese wurden geschaffen, um eine relativ geringe Zahl an älteren Menschen zu unterstützen, die nicht mehr arbeiten konnten. Die Lebenserwartung war damals jedoch so gering, dass die meisten Arbeiter dieses Alter gar nicht erreichten oder nur noch wenige Jahre lebten, nachdem sie in den Ruhestand gegangen waren.

Als Franklin Roosevelt eine soziale Sicherung für Menschen im Alter von über 65 Jahren schuf, betrug die Lebenserwartung in den USA rund 56 Jahre. Wenn das Renteneintrittsalter ebenso schnell gestiegen wäre wie die Lebenserwartung, läge es jetzt bei 82 Jahren. Versuchen Sie mal, das den Wählern schmackhaft zu machen. Generationen von Politikern haben die Bevölkerung nicht nur davon überzeugt, dass die magische Erfüllung ihrer Wünsche möglich ist, sondern dass sie sogar garantiert ist. Viele der Politiker glauben tatsächlich auch selbst daran.

Sie lügen nicht, sondern blenden vielmehr die Realität aus. Sie haben Versprechen gegeben, die sie nicht halten können, und lassen zu, das andere ihr Leben in der Annahme führen, dass das Unmögliche geschehen wird. Wird es aber leider nicht.

Wie können wir uns nun aus diesem Dilemma lösen? Umfassende Veränderungen, die uns alle betreffen, werden unumgänglich sein. Wenn sich die Lebenserwartung, wie ich vermute, schon bald (d. h. innerhalb der nächsten 10-15 Jahre) deutlich verbessert, werden wir in der Lage sein, uns anzupassen, ohne dabei zu viele Abstriche machen zu müssen. Wir werden länger arbeiten und unser Ruhestand wird kürzer sein, aber wir werden diese Zeit mehr genießen können, weil wir gesünder sein werden.

Das ist die Prognose für den günstigsten Fall. Die Chancen für dieses Szenario stehen meiner Meinung nach gar nicht so schlecht, aber um das zu erreichen, wird viel politische und gesellschaftliche Arbeit notwendig sein. Wie wir diesen Prozess bewältigen können, ist die vielleicht wichtigste Frage, die wir uns heute stellen müssen.

Bei all dem habe ich die Komplikationen, die sich im Laufe der nächsten 10-20 Jahre ergeben werden, weil neue Technologien unsere Arbeitsverhältnisse grundlegend ändern, noch nicht mit berücksichtigt. Auch diese Umwälzungen bedeuten, dass sich das Verhältnis von Arbeitnehmern und Rentnern weiter verschiebt. Mark Zuckerberg spricht sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen aus. Ich denke, dass das die falsche Herangehensweise ist, denn es liegt in der Natur des Menschen, etwas tun und einen wertvollen Beitrag in der Gesellschaft und im Leben der eigenen Familie zu leisten. Die Realität zeigt jedoch, dass es immer mehr Menschen gibt, für die es schwierig ist, eine solche Arbeit zu finden.

Vielleicht sollten wir über eine bedingungslose Grundbeschäftigung nachdenken. Roosevelt hat eine ganze Generation zum Arbeitseinsatz an öffentlichen Projekten eingeteilt und dem Land so geholfen, die Große Depression zu überwinden. Unsere Welt wird sich zweifellos auf eine Weise ändern, die wir nicht immer verstehen und auf die wir weder psychologisch, noch gesellschaftlich, politisch oder wirtschaftlich vorbereitet sind.

Gleichzeitig haben wir in den USA und in großen Teilen Europas soziale Echokammern entwickelt, in denen wir nur noch mit uns selbst und mit Gleichgesinnten kommunizieren, während wir die andere Seite ignorieren oder verteufeln. Der gesellschaftliche Dialog befindet sich in einer Abwärtsspirale, denn uns ist offenbar die Fähigkeit abhanden gekommen, auf rationale und produktive Weise verschiedener Meinung zu sein - eine Entwicklung, die mir ernste Sorgen bereitet.

© John Mauldin

www.mauldineconomics.com

Dieser Artikel wurde am 30. September 2017 auf www.mauldineconomics.com veröffentlicht und exklusiv für GoldSeiten übersetzt.

Dieser Artikel stammt von GoldSeiten.de

Die URL für diesen Artikel lautet: <https://www.goldseiten.de/artikel/349678--Das-ganze-Ausmass-der-globalen-Rentenkrise.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer!](#)

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2019. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).